

P r o t o k o l l

des außerordentlichen Bundeskongresses des Deutschen Schachbundes
am 27. November 1976 in Kassel

Beginn: 14.05 Uhr

Ende : 21.15 Uhr

Anwesenheitsliste: siehe Anlage 1

Der außerordentliche Bundeskongreß wird im Parkhotel Hessenland von Herrn Präsident Kinzel eröffnet. Nach der Begrüßung der Anwesenden wird des am 11. November 1976 verstorbenen langjährigen Spielleiters und amtierenden Vorsitzenden des Berliner Schachverbandes Bernhard E. Weihs gedacht.

Die Feststellung der Stimmberechtigten und des Stimmenverhältnisses ergibt folgendes Ergebnis:

Stimmberechtigte:

Stimmzahlen:

a) Vorstandsmitglieder

Kinzel	1
Hohlfeld	1
Goßner	1
Reiber	1
Nöttger	1
Friedrich	1
Diel	1
Dr. Schmidt	1
Kadesreuther	1
Grzeskowiak	1
Darga	1
	<hr/>
	11

b) Landesverbände

Baden	10
Bayern	17
Berlin	3
Hamburg	4
Hessen	10
Niedersachsen	7
Nordrhein-Westfalen	25
Schleswig-Holstein	3
Weser-Ems	1
Württemberg	13
Blindenschachbund	1
	<hr/>
	94

Stimmen insgesamt 105

TOP 1 Protokoll des Kongresses vom 29. 5. 1976 (Hagen)

Das Protokoll des ordentlichen Bundeskongresses vom 29. Mai 1976 in Hagen wird einstimmig genehmigt.

TOP 2 Spielerpässe

H. Kinzel weist darauf hin, daß beim ordentlichen Bundeskongreß 1976 der Spielausschuß beauftragt wurde, die z.Z. gültige Spielerpaßordnung im Hinblick auf eine Reduzierung der Arbeitsbelastung der Landesverbände und der Spielerpaßstelle des DSB zu überdenken. Da die nächste Sitzung des Spielausschusses jedoch erst im Januar 1977 stattfinden wird, habe die Geschäftsstelle bereits mit der Firma KDS-Datenverarbeitung für Vereine, Verbände und Organisationen - Verbindung aufgenommen, um die Nutzung der Datenverarbeitung für die Erstellung von Spielerpässen zu prüfen. Diese Firma habe auch ein schriftliches Angebot unterbreitet.

H. Kolkhorst von der Firma KDS erläutert dieses Systemangebot über den Einsatz der KDS-Datenverarbeitung beim Deutschen Schachbund, das den Aufbau einer zentralen Mitgliederdatei mit allen notwendigen Stammdaten je Mitglied und den Aufbau einer Vereinsdatei mit allen notwendigen Stammdaten je Schachverein umfaßt. Die einmaligen Kosten für den Aufbau und die Erfassung der Stammdateien betragen pro Mitglied 0,42 DM und pro Verein 0,72 DM. Für die einmalige oder sporadische Erstellung von Spielerpässen, die alle erfaßten Stammdaten der Spieler enthalten, werden Gebühren von 0,12 DM pro Spielerpaß (ohne Formularkosten) berechnet. Für die laufenden Leistungen (Vereins- und Mitgliederübersichten, Mitgliederstatistik) entstehen Kosten in Höhe von 0,11 DM pro Mitglied. Für die monatliche Stammdateipflege wird eine Mindestgebühr von 240,- DM pro Monat erhoben.

Nach einer längeren Diskussion, bei der es überwiegend um weitere Einzelheiten dieses Systemangebots geht, wird der Spielausschuß beauftragt, in Anlehnung an den Beschluß von Hagen die Gestaltung der Spielerpässe zu prüfen und dem nächsten Kongreß rechtzeitig Vorschläge zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

TOP 3 Mitteilungsblatt des DSB

H. Kinzel hebt hervor, daß viele Landesverbände ständig das Erscheinen eines Mitteilungsblattes fordern. Daher sollen jetzt konkretere Vorstellungen über Art, Umfang, Auflage und Kosten entwickelt werden.

H. Hülsmann (NRW) sieht keine Notwendigkeit für die Herausgabe eines amtlichen Organs des DSB, falls der Rundbrief des Präsidenten aktuell berichtet und in einer etwas größeren Anzahl den Landesverbänden zur Verfügung gestellt wird (für sämtliche Vorstandsmitglieder).

H. Kadesreuther spricht sich dagegen für ein Mitteilungsblatt aus, das in weit höherer Auflage erscheinen soll, findet dafür bei den Delegierten aber keine Zustimmung.

Es wird daher beschlossen, z. Z. kein Mitteilungsblatt des DSB herauszugeben, jedoch die Auflage des Rundbriefes des Präsidenten zu erhöhen.

TOP 4 Aufnahmeantrag des Schachverbandes Bayern

H. Kinzel erläutert zum Aufnahmeantrag des Schachverbandes Bayern (SVB) in den Deutschen Schachbund den Standpunkt des Präsidiums, daß das Ziel nicht ein Nebeneinander sondern die Vereinigung beider bayerischer Schachorganisationen sei. Da Verhandlungen zwischen den bevollmächtigten Kommissionen des Bayerischen Schachbundes (BSB) und des SVB unter Vorsitz von H. Dr. Schmidt leider nicht zustandegekommen seien, wurde jetzt der Deutsche Sportbund gebeten, unter seiner Leitung ein Gespräch zwischen dem Bayerischen Landessportverband (BLSV) und dem Deutschen Schachbund herbeizuführen, um auf oberster Ebene eine Lösung der "Angelegenheit Bayern" zu erreichen.

Falls das Präsidium des DSB den Aufnahmeantrag ablehne, habe der SVB bereits mit einer Klage zur Durchsetzung der Aufnahme gedroht. Dadurch könnten eventuell erhebliche Kosten auf den DSB zukommen. Herr Dr. Schmidt und Herr Hohlfeld betonen ausdrücklich den Wunsch des Präsidiums auf eine vollständige Unterrichtung der Delegierten über den Sachstand.

H. Thiermann (Bayern) vertritt die Auffassung, daß der Kongreß dem Präsidium keine besondere Legitimation erteilen kann. Nach der Satzung habe über den Aufnahmeantrag das Präsidium zu entscheiden. Im übrigen sei der Bayerische Schachbund jetzt endgültig vom Bayerischen Landessportverband anerkannt worden. Da eine große Anzahl von Vereinen des Schachverbandes Bayern in letzter Zeit zum Bayerischen Schachbund übergetreten seien, könne er dem Schachverband Bayern nicht mehr die Eigenschaft eines Landesverbandes zubilligen. H. Thiermann führt weiter aus, daß der Bayerische Schachbund zu jedem vernünftigen Kompromiß bereit sei. Er erklärt seine Bereitschaft, im Falle eines Prozesses den DSB kostenfrei zu vertreten und darüber hinaus seine Auslagen selbst zu tragen, sofern das Verfahren in München anhängig wird.

H. Hülsmann (NRW) bittet den DSB, eine klare Position zu beziehen, da ein rechtskräftiger Vergleich geschlossen sei und somit andere Voraussetzungen als im Fall "Solidarität" (Monopolurteil) vorlägen. Eine Satzungsänderung sei nicht zu empfehlen.

H. Kinzel erklärt, daß das Präsidium die Auffassung der Delegierten zur Kenntnis nehme. Eine satzungsgemäße Entscheidung über den Aufnahmeantrag werde das Präsidium nach dem Vermittlungsgespräch beim Deutschen Sportbund treffen.

TOP 5 Etat und Finanzierungsvorhaben

H. Kinzel führt aus, daß der Kongreß in Hagen die legitime Forderung gestellt habe, vor einer Entscheidung über eine Umlage oder Beitragserhöhung Unterlagen über die Planungen 1977 und 1978 zu erhalten. Diese liegen jetzt vor und sollen den Delegierten als Diskussionsgrundlage dienen.

a) Etat 1976

Zu dem vom Schatzmeister vorgelegten 2. berichtigten Jahresvoranschlag 1976, der gegenüber dem 1. Voranschlag einige Erhöhungen vorsieht, werden u.a. die Ausgabenpositionen Olympiade,

Interzonenturniere, Präsidialsitzungen und Geschäftsstelle von den Präsidiumsmitgliedern erläutert.

b) Etat 1977

H. Kinzel weist darauf hin, daß alle Positionen erörtert werden können, um das Defizit zu verringern.

H. Hülsmann (NRW) bittet, den Bundesligazuschuß zu kürzen. Angesichts der bereits laufenden Spielsaison 1976/77 wird darauf jedoch verzichtet.

Der geplante Wettkampf der 13 Landesverbände (Kosten 10.000,- DM) wird einstimmig gestrichen.

Anläßlich der Aussprache über die Ausgaben für die internationalen Turniere wird von H. Gieseke (Niedersachsen) die Teilnahme einer Mannschaft des DSB an allen dort aufgeführten Turnieren zur Diskussion gestellt. H. Hülsmann (NRW) fordert, daß sich der DSB angesichts der Finanzschwierigkeiten nicht ständig an neuen Turnieren beteiligen soll. H. Kinzel betont jedoch, daß diese internationalen Turniere bereits alle fest abgeschlossen seien, künftig aber durchaus eine Änderung des Austragungsmodus angestrebt werden könne.

Der von Herrn Jensch im Einvernehmen mit der "Schwalbe" aus Anlaß von FIDE-Veranstaltungen im "Problemschach" vorgelegte Antrag, 1.460 DM 1976 als Zuschuß für eine Flugreise und 1.200 DM als Zuschuß für 1977 zu gewähren, wird abgelehnt.

Sämtliche Lehrgänge werden einstimmig gestrichen.

Die für den Kongreß in Bad Lauterberg vorgesehenen 31.500,-- DM werden auf 20.000,- DM gekürzt. Es herrscht Übereinstimmung darüber, daß die Landesverbände die Kosten ihrer Delegierten selbst tragen.

Die Rückstellung für Schachentwicklungshilfe in Höhe von 12.000 DM wird gestrichen.

Durch die Einsparungen von insgesamt 45.600,- DM verringert sich der Fehlbetrag 1977 auf 35.000,- DM.

Nachdem die Dringlichkeit einstimmig bejaht wurde, wird folgender Antrag des Präsidiums einstimmig beschlossen:

"Dem Deutschen Schachbund wird als Ausgleich des Defizits im Jubiläumsjahr 1977 von den Landesverbänden im ersten Quartal 1977 eine Umlage in Höhe von 1,- DM pro Senior zur Verfügung gestellt."

Der vom Schatzmeister vorgelegte, von den Delegierten abgeänderte und anschließend vom Schatzmeister ausgeglichene Etat 1977 ist als Anlage beigefügt.

Nordrhein-Westfalen und Baden sagen zu, ihre gesamten Beiträge für 1977 und die Umlage zu Beginn des nächsten Jahres zu überweisen.

c) Planung 1978

H. Kinzel erklärt, daß die Planung 1978 noch sehr ungenau sei, beim Kongreß in Bad Lauterberg aber ein konkreterer Etat 1978 vorgelegt werden könne.

Bei der Diskussion der Einzelansätze berichtet H. Kinzel, daß das Bundesinnenministerium bereits klar zum Ausdruck gebracht habe, daß voraussichtlich für internationale Veranstaltungen nur ein Zuschuß in Höhe von 20.000 DM zu erwarten sei.

H. Hülsmann (NRW) betont, daß es sich bei den hier für 1978 festgelegten Beträgen der einzelnen Ausgabenpositionen nur um Empfehlungen handele.

Bei den nationalen Turnieren soll der Bundesligazuschuß auf einstimmigen Beschluß um 10.000 DM auf 20.000 DM gekürzt werden. H. Kinzel appelliert an die Landesverbände, Ausrichter zur Durchführung von Veranstaltungen zu suchen.

Der vorgesehene Länderkampf mit Ausgaben von 10.000 DM und Einnahmen von 4.000 DM soll gestrichen werden.

Da noch nicht sicher ist, ob das Claire-Benedict-Turnier überhaupt stattfinden wird, sollen die dafür angesetzten 4.000 DM vorerst gestrichen, können jedoch ggf. wieder eingesetzt werden.

Es wird empfohlen, den Zuschuß für die Schwalbe von 1.800 DM auf den bisher - mit Ausnahme von 1977 - üblichen Betrag von 1.500 DM zu reduzieren.

H. Kinzel erläutert die Vorstellungen des Präsidiums, eine verstärkte Lehrarbeit anzustreben. Neben der möglichen Arbeit von Honorartrainern zähle dazu insbesondere die Ausbildung von Übungs- und Organisationsleitern. H. Goßner teilt ergänzend mit, daß vorerst die Lehrinhalte koordiniert werden müssen. Dazu seien 4 Lehrgänge mit je 20 Teilnehmern vorgesehen. Nach Auffassung der Delegierten soll der Betrag für sämtliche Lehrgänge auf 20.000 DM gekürzt werden. Sollten jedoch detaillierte Lehrgangspläne vorliegen, könne dieser Betrag auf bis zu 30.000 DM erhöht werden.

Die von H. Kinzel u.H. Metzger begründete notwendige Einstellung einer Ganztagskraft als Sekretärin wird nicht für erforderlich gehalten. Es wird als Kompromiß vorgeschlagen, weiterhin eine Halbtagskraft zu beschäftigen und dafür die geleisteten Überstunden zu bezahlen. Der Ausgabenansatz soll somit auf 22.000 DM gesenkt werden.

Die Ausgaben für die Schachentwicklungshilfe in Höhe von 12.000 DM soll gestrichen werden. H. Kinzel gibt aber zu bedenken, daß sich der DSB möglicherweise 1978 doch an diesem FIDE-Vorhaben beteiligen müsse. Es sei dann geplant, eine Zusammenarbeit mit dem Deutschen Entwicklungsdienst anzustreben.

Zusammenfassend appelliert Herr Reiber an die Delegierten, dem DSB nicht die finanzielle Unterstützung der Gesamtvorhaben zu versagen.

Nachdem die Beratungen über die Einzelansätze abgeschlossen sind, gibt H. Hülsmann (NRW) zu bedenken, daß der DSB eine Rücklage von 50.000 DM schaffen sollte, die bei der Beitragserhöhung ab 1. 1. 1978 berücksichtigt werden müßte. Darüber hinaus sollte die Höhe des neuen Beitrages so bemessen sein, daß er für einige Jahre stabil bleiben wird. H. Seebaß (Niedersachsen) schlägt vor, eine Beitragserhöhung von 2,- DM ins Auge zu fassen.

TOP 6 Verschiedenes

a) H. Seebaß (Niedersachsen) teilt mit, daß H. Asmann, der beim Kongreß 1976 in Hagen zum Rechnungsprüfer gewählt wurde, von seinem Amt zurücktreten muß. Es wird daraufhin Herr Herbert Teßmer in Abwesenheit - vorbehaltlich seiner Zustimmung - einstimmig zum neuen Rechnungsprüfer gewählt (Anmerkung: H. Teßmer hat seine Zustimmung inzwischen erteilt).

b) Durch die ab 1. 1. 1977 geltende neue Abgabenordnung ist die Anerkennung des Schachs als gemeinnütziger Sport gefährdet. H. Hülsmann (NRW) bittet daher das DSB-Präsidium, alle in dieser Frage auf Landesverbands- und Bundesebene anstehenden Probleme zu koordinieren, und schlägt vor, den Rechtsberater des Schachbundes Nordrhein-Westfalen, Herrn Hellmut Marquardt, mit der Vertretung der Interessen des Deutschen Schachbundes bei den Finanzbehörden (einschließlich etwaiger Klagen) zu beauftragen. Das Präsidium erklärt sich damit einverstanden.

c) H. Kinzel berichtet, daß die Fernsehsendung "Schach dem Weltmeister - Jede Woche ein Zug" bei den organisierten Schachspielern auf zu wenig Resonanz stöße, obwohl der DSB mit den vorgedruckten Postkarten alle Mitglieder habe ansprechen wollen. Er bittet daher, auf alle Vereinsvorsitzenden einzuwirken, damit in den Vereinen für eine größere Beteiligung an dieser Fernsehsendung geworben wird. Es wird außerdem angeregt, daß der DSB die Presse über diese Sendung informiert.

d) Der Zeitplan für den Jubiläumskongreß lautet:

Donnerstag, 10. 3. 1977	vormittags	Präsidiumssitzung
	abends	Sitzung des Erweiterten Vorstands
Freitag, 11. 3. 1977	10.00 Uhr	Kongreß
Samstag, 12. 3. 1977	11.00 Uhr	bis ca. 12.45 Uhr
		Festakt
	13.00 Uhr	Kaltes Buffet
	20.00 Uhr	Festball

e) H. Kadesreuther kündigt für den nächsten Kongreß einen Antrag der DSJ zur Abschaffung der "30-Züge-Regel" an (s.Anlage)

Um 21.15 Uhr schließt H. Kinzel mit einem Dank für die geleistete Arbeit den außerordentlichen Bundeskongreß.

Berlin, den 1. 12. 1976

Alfred Kinzel
(Präsident)

Horst Metzling
(Protokollführer)